den. Das ist eine Aufgabe sowohl des Obersten Gerichts als auch der Bezirksgerichte. Ständiger Auseinandersetzungen bedarf es mit solchen Gerichten, die sich ungenügend um die gesellschaftliche Wirksamkeit der Verfahren bemühen.

3. Die Gerichte müssen energisch darauf einwirken, daß auch bei Sittlichkeitsdelikten, Raub und Körperverletzungen die Ermittlungen durch Einbeziehung sachkundiger Personen, wie Psychiater, Pädagogen usw., gründlicher und exakter geführt werden. Nur so wird es gelingen, die wirklichen Ursachen dieser Verbrechen aufzudecken, deren Erforschung weitaus komplizierter ist als bei anderen Deliktsarten.

4. An die Prüfung der Tatbestandsmäßigkeit der angeklagten Handlungen sind strenge Anforderungen zu stellen.

5. Die Kassationspraxis der Bezirksgerichte und des Obersten Gerichts muß zu einem qualifizierten Mittel

der Leitung der Gerichte bei der Durchsetzung des Rechtspflegeerlasses entwickelt werden.

6. In die Vorbereitung der von den Bezirksgerichten beabsichtigten Plenartagungen zu Fragen der Gewalt- und Sexualverbrechen sind örtliche Organe (Kommissionen für Ordnung und Sicherheit, Abt. Volksbildung usw.) und gesellschaftliche Organisationen (FDGB, FDJ usw.) einzubeziehen, damit die auf den Tagungen gewonnenen Erkenntnisse sich in der politisch-erzieherischen Arbeit dieser Institutionen niederschlagen können.

Die hier gegebenen Hinweise sollen den Gerichten helfen, auch bei Gewalt- und Sexualverbrechen der Forderung des Rechtspflegeerlasses gerecht zu werden, in jedem Verfahren die Erscheinungsformen dieser Delikte zu analysieren, die Ursachen und begünstigenden Bedingungen aufzudecken und die gesellschaftlichen Kräfte in die wirksame Bekämpfung auch dieser Verbrechen einzubeziehen.

Urteil des Obersten Gerichts gegen den Terroristen Kühn

Urteil vom 26. Februar 1964 — 1 Zst (I) 1/64

Der im November 1941 geborene Angeklagte Herbert Kühn ist der Sohn des Gärtners und jetzigen Gartenanlagenleiters bei der Friedrich-Krupp-Hügelgärtnerei in Essen, Johannes Kühn. Dieser gehörte in den zwanziger Jahren der Bismarck-Jugend, später dem Stahlhelm und der SA an. Er war ferner Mitglied der NSDAP und übte die Funktion eines Amtsleiters aus.

Die Ehe der Eltern des Angeklagten wurde im Jahre 1947 geschieden. Während sein Vater nach Essen verzog, verblieb der Angeklagte bei seiner Mutter in Berlin-Schöneberg. In der Zeit von 1948 bis Ende März 1957 besuchte er die Grund- und die Oberschule, in denen er unter anderem auch von Lehrern unterrichtet wurde, die als Offiziere der Hitler-Wehrmacht angehört hatten. Anschließend war er Verkaufshelfer auf dem Wochenmarkt, bis er im Dezember 1957 zu seinem Vater nach Essen verzog. Dort begann er eine Betonbauerlehre, die er noch im Jahre 1958 aus gesundheitlichen Gründen abbrach. Danach war er jeweils kurze Zeit bei verschiedenen Betrieben Lagerarbeiter, Kabelhelfer, Montagegehilfe und zuletzt Tiefbauarbeiter in Essen.

Seit Oktober 1955 gehörte der Angeklagte zunächst in Westberlin und danach in Essen dem „Bund deutscher Pfadfinder“ bis zum Herbst 1958 an. Nachdem ihn bereits in der Schule gelehrt worden war, daß die Deutsche Demokratische Republik nicht anerkannt werden könne und nach Vorstellung der Bonner Militaristen „befreit“ werden müsse, verfolgte der Angeklagte aufmerksam die in Westberlin und Westdeutschland in Funk und Presse gegen die Deutsche Demokratische Republik und das sozialistische Lager betriebene Hetze und nahm oft an revanchistischen Kundgebungen teil. Er kam zu der Auffassung, es müsse wieder ein nazistisch-imperialistisches Deutschland in den Grenzen von 1939 im Kampf gegen die Deutsche Demokratische Republik geschaffen werden. In dem Bestreben, sich einer rechtsradikalen, revanchistischen Organisation anzuschließen, besuchte er ab 1958 die Veranstaltungen der „Deutschen Reichspartei“ (DRP). Dabei lernte er neben weiteren Faschisten wie Otto Heß, Neffe des Hauptkriegsverbrechers Rudolf Heß, von Grünberg, ehemaliger Gauleiter der NSDAP, Wilhelm Meinsberg, ehemaliger SS-Gruppenführer, auch den ersten Kreisvorsitzenden der DRP in Essen, Siegfried Hermenau, kennen. Dieser war hauptamtlicher Funktionär der NSDAP in Ostpreußen und Offizier der faschistischen Wehrmacht gewesen. In wiederholten Besprechungen konnte der Angeklagte feststellen, daß Hermenau weiterhin nazistische Anschauungen verfocht. Daher entwickelten sich zwischen ihnen enge Beziehungen. Der Angeklagte nahm auch an Parteitagen der DRP teil und trat im Jahre 1958 der Jugendorganisation der DRP, der „Jung-

kameradschaft“, bei, der er bis Juni 1959 angehörte. Im Jahre 1959 wurde er Mitglied der DRP. Ebenfalls 1959 gründete er gemeinsam mit Norbert Gericke die revanchistische „Gesamtdeutsche Jugend“ in Essen, wobei der Angeklagte zum „Völkerschaftsführer“ gewählt wurde. Um seine nazistischen Vorstellungen zu vertiefen, studierte er eifrig die nazistischen Machwerke „Mein Kampf“, „Blut und Boden“, „Mythos des 20. Jahrhunderts“, „Volk ohne Raum“ und andere.

Die ersten Aktionen des Angeklagten bestanden im Anschmieren von Hetzlosungen. In der Nacht vom 4. zum 5. Februar 1961 fuhren der Angeklagte und Gericke nach Bad Godesberg. Dort schmiierten sie unter anderem die Parolen „Südtirol ist deutsch“ und „Selbstbestimmungsrecht für die Südtiroler Volkspartei“ an das Gebäude der italienischen Botschaft. Ende April 1961 wollte der Angeklagte anlässlich des Besuches des italienischen Außenministers erneut ähnliche Parolen an der Botschaft anbringen und brennende Benzinflaschen in das Gebäude werfen. Von der Ausführung dieses Anschlages sah der Angeklagte wegen der verstärkten Bewachung ab. Schließlich schmiierte er am 22. Mai 1961 Parolen dieser Art an das italienische Generalkonsulat in Westberlin. Hierbei wurde er von der Polizei ergriffen. Obwohl die Kriminalpolizei aus diesem Anlaß überprüfte, ob der Angeklagte auch die Tat vom 5. Februar 1961 in Bad Godesberg begangen hatte, wurde er lediglich wegen der Schmiererereien in Westberlin wegen Sachbeschädigung zu zwei Wochenenden Jugendfreizeit-arrest verurteilt.

Im Juli 1961 ließ der Angeklagte 5000 Plakate mit der Aufschrift drucken „Südtirol ist deutsch“. Diese wurden in der Nacht vom 24. zum 25. Juli 1961 in verschiedenen Städten des Ruhrgebiets von Mitgliedern der „Gesamtdeutschen Jugend“, die die Aktion finanzierte, angeklebt.

Auch während des Eichmann-Prozesses in Israel brachte der Angeklagte seine profaschistische Einstellung zum Ausdruck. Mitte April 1961 schmiierte er an das Auswärtige Amt in Bonn unter anderem folgende Parolen: „Rechtsschutz für Eichmann“, „Freiheit für Eichmann“, „Eichmann vor ein deutsches Gericht“.

» Nachdem dem Angeklagten bekannt geworden war, daß der ehemalige Hauptsturmführer der SS Höttl den Naziverbrecher Eichmann belastet hatte, faßte er den Entschluß, Höttl zu ermorden. Hermenau billigte diesen Plan. Der Angeklagte beschaffte sich Mitte Oktober 1961 eine Pistole 6,35 mm und wollte zunächst die Wohnung Höttls „aufklären“. Er fuhr zu diesem Zweck nach Bad Aussee in Österreich und begab sich zu dessen Wohnhaus und konnte Höttl in Begleitung einer Frau beobachten. Der Angeklagte hätte bei dieser Gelegen-